

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 6 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Währungskatastrophe

Vorschläge des deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lage

Dunkle Stunden sind über das deutsche Volk hereingebrochen. Ist es da, das Ende? Diese bange Frage schwebt heute auf allen Lippen. Wir stehen unmittelbar vor dem Zusammenbruch unserer Währung — oder ist er bereits da? Ein Dollar kostete durchschnittlich in Berlin:

1921: Mai 65 Mark, September 105 Mark, Oktober 150 Mark, November 260 Mark, steigend bis 300, Dezember (Hoffnung auf Cannes) 190, sinkend bis 170.

1922: Januar (Wirkung der zehntägigen Goldzahlungen) 220, steigend bis 230, März (stärkere Wirkung der Debitenzahlung) 285, steigend bis 340, April (Hoffnung auf Genua) 290, sinkend bis 250, Mai (weitere Zahlungen in Aussicht) 290, steigend bis 310, Juni 320, steigend bis 375, Juli bis 525, Anfang August bis 900, von Mitte August ab in raschem Hinabgleiten 1150, 1300, 1450, 1950, 2400.

Damit sind wir dem Auslande gegenüber kaunfähig geworden. Die Stappen des Dollarkurses bezeichnen den Lebensweg des deutschen Volkes, den es nun anscheinend bis zum bitteren Ende gehen muß.

Es ist die wahnsinnige französische Politik, die uns dahin geführt hat. Längst haben die Verbündeten unseres westlichen Nachbarn erkannt, daß die Last von Versailles untragbar für uns ist, und daß hier die eigentliche Ursache der Weltwirtschaftskrise liegt. Allen Versuchen, die uns auferlegte Reparationslast auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß herabzusetzen, hat Frankreich bisher erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt. Daß wir bei dem gegenwärtigen Währungsstand dringend eines längeren Zahlungsausschubes (Moratorium) bedürfen, ist eine Erkenntnis, der sich auch die Entente nicht verschließen konnte. Poincaré fordert als Gegenleistung „produktive Pfänder“, als welche er die Beschlagnahme der Staatsforsten und -bergwerke im linken Rheinland und im Ruhrgebiet bezeichnet. Es ist klar, daß eine neue Abtretung deutschen Eigentums für jede deutsche Regierung untragbar ist. Sie würde uns auch nichts nützen, müßte vielmehr unsere Wirtschaftslage weiter verschlechtern. Im Falle unserer Weigerung droht Frankreich mit einer „Aktion“, womit nur die militärische Besetzung des Ruhrgebietes gemeint sein kann. In der vergangenen Woche haben Vertreter der Reparationskommission in Berlin mit der deutschen Regierung verhandelt. Ein positives Ergebnis ist nicht erzielt worden, doch ist auch der Verhandlungsfaß nicht ganz abgerissen. Die deutsche Regierung hat das Poincarésche Begehren mit einem Gegenvorschlag beantwortet, der für das zu gewährende Moratorium eine andere „Garantie“ anbietet: nämlich unmittelbare privatrechtliche Lieferungsverträge in Kohle und Holz, die also privatrechtlich einlagbare Forderungen darstellen und die betreffenden deutschen Lieferungsstreife unter Vertragsstrafe verpflichten würden. Ob dieser Vorschlag zu einer Verständigung führt und somit das Schlimmste von uns abgewendet wird, steht dahin. Allzuviel Optimismus ist nicht gerechtfertigt.

Die Folgen der katastrophalen Markentwertung zeigen sich bereits auf der ganzen Linie, sie werden in nächster Zeit aber noch sehr viel schärfer in Erscheinung treten. „Die wirtschaftliche Lage hat sich in den letzten Tagen durch den rapiden Markkurs derart verschlechtert, daß der größte Teil des deutschen Volkes seine wirtschaftlichen Existenzbedingungen dahinleihen sieht. Die Verschlechterung der Mark um 100 Prozent mußte zur Folge haben, daß die Einkommensverhältnisse des deutschen Volkes

mit einem Rucke sich auf das Doppelte erhöhen würden. Das ist aber ebensowenig beim Arbeitgeber wie beim Arbeitnehmer möglich. Die Löhne und Gehälter betragen heute meist das Dreißigfache der Vorkriegszeit. Die Teuerung der wichtigsten Lebensmittel dagegen beläuft sich mindestens auf das Zweihundertfache. Die Differenz geht auf Kosten des Konsums der breiten Massen, der bereits so weit eingeschränkt werden mußte, daß ein Raubhau mit den physischen Kräften sich nicht mehr vermeiden ließ.“ So zeichnet die „Germania“, ein führendes Blatt der Zentrumsparlei, die Lage. Daß das Bild nicht zu grau gemalt ist, bestätigt uns täglich die eigene Erfahrung.

Was ist zu tun? Notwendig ist vor allem, daß das Aufkommen einer Panikstimmung verhindert wird. Die Börse, von der der „Deutsche“ einmal mit Recht sagte, sie sei in kritischen Tagen immer feige, war in den letzten Tagen nicht immer frei davon. Es wird als ein ewiger Schandfleck auf ihr sitzen bleiben, daß sie in den kritischsten Tagen den Berliner Dollarkurs mehrmals um Hunderte von Punkten höher getrieben hatte, als der New Yorker Marknotierung entsprach. So kopflos vollzog sich die Flucht vor der Mark, und dabei stand der stürmischen Nachfrage keinerlei Angebot von ausländischen Devisen gegenüber. Von den führenden Wirtschaftskreisen muß jetzt in erster Linie verlangt werden, daß sie Kaltblütigkeit und ruhige Ueberlegung wahren und alles vermeiden, was den Zusammenhalt in der Volksgemeinschaft stören könnte. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten alles tun, um Streiks und Aussperrungen in dieser allgemeinen Notzeit des Volkes völlig auszuschalten, was von beiden Seiten Einsicht und Verzicht erfordert. Seien wir überzeugt, unsere Linksradikalen stehen bereit. Sie sehnen das Chaos herbei, weil sie glauben, dann ihre dunkeln Pläne um so leichter verwirklichen zu können. Nicht noch einmal dürfen sie die Staatsmacht in einer schwachen Stunde finden. Die blutigen Fische von 1920 in Mittel- und Westdeutschland könnten dann leicht eine Neuauflage erfahren, die im Grauen endet.

Noch ist Rettung möglich, Rettung wenigstens insofern, als der offene Zusammenbruch verhindert werden kann. Aber dann müssen Daten, große und schnelle Daten folgen. Die Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften sind als erste der großen Volksgruppen an die Regierung mit Vorschlägen herangetreten, die scharfe Eingriffe in die Wirtschaft vorsehen und bei entschlossener Durchführung wohl geeignet wären, das Schlimmste zu verhüten. Die Vorschläge unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes lassen wir nachstehend im Wortlaut folgen.

Der Reichskanzler hat kürzlich in einer Besprechung mit ausländischen Pressevertretern das Wort gesprochen, „es sei tragisch, am Sterbebette eines großen Volkes zu stehen“. An der Stelle, wo es gesprochen wurde, hatte es sicher seine Berechtigung. Recht hatte aber auch der Kollege Bieher, als er auf dem eben zu Ende gegangenen Verbandstage des christlichen Metallarbeiterverbandes in Fulda ausführte: „Das deutsche Volk will nicht sterben, das deutsche Volk darf nicht sterben, und das deutsche Volk wird nicht sterben, wenn wir es nicht wollen. Ein Volk von der Kulturhöhe des deutschen Volkes bedeutet auch in der Niedriglage noch viel. Es hat noch eine moralische Kraft in die Waagschale zu werfen, wenn es einig und geschlossen dasteht und wenn jeder seine Pflicht tut.“ Pflichterfüllung bis zum Neckerstein, aber nicht nur reinem Glauben, sondern auch der Volksgemeinschaft gegenüber, das ist es, was in den kommenden schweren Monaten von allen Volks-

genossen verlangt werden muß. Wir Arbeiter aber wollen mit gutem Beispiele vorangehen.

Die Vorschläge des D. G. B.

A. Währungspolitische Maßnahmen:

1. Es wird der Regierung dringend empfohlen, der Entente gegenüber im Sinne der Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, die er den englischen Pressevertretern als Antwort auf die Reden des französischen Ministerpräsidenten gemacht hat, festzubleiben.
2. Die Unmöglichkeit weiterer Goldzahlungen muß deutscherseits mit hieb- und stichfestem Material belegt, auf jede mögliche Art und Weise der Entente und dem ganzen Auslande gegenüber dokumentiert und propagiert werden.
3. Zur Stützung der Währung sollte deutscherseits eine Auslandsanleihe versucht werden. Die Auslandsanleihe dürfte nur zum Zwecke der Beschaffung des wirtschaftlich vertretbaren Devisenbedarfs dienen.
4. Zur Ablenkung der Spekulationen und zur Herausbringung der gehamsterten Geldbeträge sollte das Reich eine innere werbeständige Anleihe auflegen. Der Betrag dieser Anleihe soll ebenfalls der Stützungsdiensten dienen.
5. Durch eine rigorose Nachkontrolle der Devisenkäufer ist der Ankauf von Devisen zu reinen Spekulationszwecken zu unterbinden bzw. zu erschweren.

B. Finanz- und handelspolitische Maßnahmen:

1. Schnelle Anpassung der Einfuhrzölle an die Devisenlage durch den entsprechenden Goldaufschlag.
2. Beschleunigte Erhöhung der Ausfuhrabgaben nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats.
3. Grundsätzliche Erfassung der Börsen- und Spekulationsgewinne.
4. Staffelung der Umsatzsteuer (Erhöhung der Umsatzsteuer für alle Luxus- und nicht lebensnotwendigen Waren, Herabsetzung der Sätze für lebensnotwendige Artikel).
5. Beschleunigte Einziehung der Einkommensteuer bzw. der übrigen infolge vergrößerter Veranlagung noch nicht zur Erhebung gelangten Steuern.
6. Einfuhrverbote für Parfümerien, Teppiche, Luxusstoffe, Pelze, Kfz, Spirit, Meine, Woll, Frühkartoffeln, Süßrüben, Gemüse, Kaffee und Tabakfertigfabrikate; starke Drosselung von sonstigen entbehrlichen Genussartikeln.
7. Entschiedene Maßnahmen gegen die steigende hohe Einfuhr von ausländischer Steinohle, Zement und Eisen.
8. Entschiedenes Vorgehen gegen schamlosen Wucher.

C. Ernährungspolitische Maßnahmen:

1. Sicherstellung des Bedarfes an Brot und Kartoffeln für die breitesten Volkskreise.
2. Förderung des unmittelbaren Verkehrs zwischen Erzeugern und Verbrauchern durch geeignete Maßnahmen (Unterstützung der Bevorratungswirtschaft für Kartoffeln, insbesondere durch Zwischenschritte).
3. Einwirkung auf die Gemeinden und Kreise, sich an den Kartoffelabschlüssen rechtzeitig zu beteiligen und die Wiedererrichtung von Volkstischen in ernsteste Erwägung zu ziehen.
4. Empfehlung an die Besitzer größerer Werke, ihren Arbeitnehmern Lohnzuschüsse zur Beschaffung von Kartoffelvorräten zu geben.
5. Höhere Ausmahlung des Getreides.
6. Schärfste Ueberwachung des Viehhandels zur Verhütung von Export ins Ausland.
7. Beschränkung der Verbrennung von Kartoffeln, Getreide und Reis auf das Allernotwendigste.
8. Verbot des Verbrauchs von Inlandszucker zur Herstellung von Likören, Konfitüren, Schokoladen usw.
9. Einwirkung auf die Länder und durch diese auf die Kommunalverwaltungen, Konzessionen auf Likörhütten und Schlemmerlokale nicht mehr zu erteilen. Nachprüfung der bereits konzessionierten Likörhütten und Schlemmerlokale, inwieweit die Inhaber die Vorschriften über Wohnungsverhältnisse befolgen.

D. Transportfragen:

1. Rechtzeitige Bereitstellung der Transportmittel für die Abfuhr der Ernte.
2. Bei eintretender Wagenknappheit Durchführung einer Sperrung.
3. Schnellste Eindeckung der Eisenbahn mit den genügenden Kohlen.

4. Gewährung von Prämien, die für das Eigenbahnpersonal einen Anreiz für die höchste Anspannung ihrer Kräfte in der kritischen Zeit bieten.

E. Maßnahmen zur Produktionssteigerung:

a) in der Landwirtschaft:

- 1. Ausgestaltung der Anfänge einer schon bestehenden Kreditorganisation zur Kreditierung von künstlichen Düngemitteln für die Landwirtschaft auf Grund von Wechseln unter Übernahme einer gewissen Reichsgarantie.
- 2. Maßnahmen zur Erhöhung der Stickstoffproduktion.
- 3. Ausnutzung der heimischen Phosphatvorkommen.
- 4. Unterstützung des landwirtschaftlichen Hilfswerkes.

b) in Industrie- und Gewerbe:

- 1. Einwirkung der Regierung auf die deutschen Wirtschaftskreise, die Betriebe sowohl betriebsrechnerisch wie organisatorisch auf die größtmögliche Leistungsfähigkeit zu bringen.
- 2. Weiterführung von Verhandlungen mit den in den Schlüsselindustrien und im Transportwesen tätigen Arbeitnehmern zwecks Erzielung freiwilliger Ueberarbeit, um den von diesen Betrieben abhängigen Arbeitnehmern die Möglichkeit der vollständigen Ausnutzung der achtstündigen Arbeitszeit zu verschaffen.
- 3. Vermeidung schematischer Erhöhungen der Eigenlohntariffätze. Anpassung an die besonderen Absatzmöglichkeiten der einzelnen Produkte.

Biele und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften

In der letzten Aussprache des Gesamtverbandes vertritt sich der Kollege Dr. Brauer in außerordentlich tief-schürfender Weise über „Das Bildungswesen in den christlichen Gewerkschaften“. Der Vortrag war weit mehr, als der Name erlautet. Wir geben aus demselben folgende Gedanken wieder:

Mit dem üblichen und üblen, weil oberflächlichen „Bildungsstreib“ ist uns in der christlichen Arbeiterbewegung nicht geholfen. Wir müssen die Aufgabe tiefer fassen. Deshalb ist unsere Arbeit mühsam, auf die Dauer aber auch, so dürfen wir hoffen, ertragreicher als jene derer, die es sich leicht machen.

Was sollen wir zum Gegenstand unseres BildungsweSENS machen? An wen wendet sich die Forderung? Welches sind die Mittel und Wege? Diese drei Hauptpunkte gilt es zu erläutern. Wir sind uns noch immer nicht genügend klar über das Wesen unserer Bewegung. Aber die letzten Jahre haben uns doch so manche Erkenntnis und Erfahrung gebracht, daß wir heute Aussagen über sie machen können, die ihre Wesenszüge weit schärfer ausprägen als bisher.

Wir nennen uns eine Arbeiterbewegung. Aber wir fühlen uns nicht als Interessenten, als Klassenbewegung, sondern als eine Bewegung, die verantwortlich ist für das Ganze des Volkes in jeder Hinsicht; in materieller, gewiß, aber auch in politischer, geistiger und seelischer Hinsicht. Wir betätigen uns auch entsprechend, wenn auch unvollkommen. Wir müssen bei dieser Einstellung verbleiben, wenn wir unserm Wesen treu bleiben und unser höchstes Ziel erreichen wollen: eine christliche Kultur. Darum geht es uns. Weil wir vom Christentum herkommen und unablässig an der Verwirklichung des Christentums arbeiten, deshalb nennen wir uns mit Recht eine christliche Bewegung. Aus christlicher Gesinnung wollen wir nicht nur das private, sondern auch das öffentliche Leben christlich gestalten. Wenn wir uns außer christlich auch rational nennen, so sind wir uns bewußt, daß die Einfügung dieses Wortes für uns bedeutet: christlich-deutsch dem Charakter nach, volkserhaltend, vaterländerhaltend, volksfortpflanzend dem in die Zukunft gerichteten Willen nach. Daraus ergibt sich der konservative Zug unserer Bewegung im Sinne von Uebernahme, Wahrung und Mehrung alles Guten und Wertvollen.

Aus unserer Seelengestaltung und Seelenhaltung ergibt sich auch eine klare Abspaltung der Werte: wir vergöttern nicht die Wirtschaft, auch nicht den Staat, auch nicht die Kultur, sondern: die Wirtschaft hat die materielle Grundlage der christlichen Kultur zu bilden, der Staat hat ihr zu dienen. Die Kultur aber soll die Menschenseele empfangen im Hinblick auf ihre höchste Bestimmung. Deshalb darf die Wirtschaft keine individuell willkürliche sein und der Staat sich nicht als allmächtig gebärden. Wirtschaft und Staat sollen deren Zielen dienen. Auf die Normen kommt es für uns erst in zweiter Linie an; das Wichtigste ist uns die Gesinnung. Charakter gilt uns mehr als Klugheit, so sehr wir letztere auch schätzen.

Unsere Stellungnahme bedeutet Feindschaft gegen Kapitalismus und Sozialismus in gleicher Weise. Auf dem Gebiete der Propagation, des Handels, des Konsums, vor allem der Freizeitpolitik wird sich das nicht minder zeigen als im Kampf um die nationale Geltung und die Gestaltung des öffentlichen Lebens im Innern. Die „Deutsche Arbeit“ ist das Organ, in dem unablässig an der Herausarbeitung unseres Wesens, des Charakters unserer Bewegung, ihrer Zielsetzung und Zukunftsrichtung getragener werden muß von allen,

die sich berufen fühlen. Gelingt es, und gelingt es gleichzeitig, die Ideale der Bewegung in den Mitgliedern lebendig zu machen, so verrichten wir wahre Bildungsarbeit.

Fünf Gruppen von Menschen innerhalb der Bewegung müssen hinsichtlich Bildungsarbeit unterschieden werden: Die Führer, die Funktionäre, die Betriebsräte, die Mitglieder und der Nachwuchs. Die Führer haben vor allem traditionsübertragend und richtunggebend zu sein. Doch Solons Wort: „Alt werd' ich und noch immer lern ich zu,“ werden sie auch für sich anerkennen. Die Funktionäre haben die schwere Aufgabe, zu empfangen und weiterzugeben, aber nicht blind und unbedacht, sondern verantwortlich. So sehr auch bei ihnen als Gewerkschaftsfunktionären das Materielle im Vordergrund der täglichen Arbeit stehen muß und stehen soll, so ist es doch noch wichtiger, daß ihr Tun vom Geist der Bewegung ausgeht, denn sonst könnten es andere vielleicht ebenso gut oder noch besser. In den Funktionären liegt es im wesentlichen, ob die Bewegung im Volke Boden findet und in den Mitgliedern lebendig wird. Daran müssen die Funktionäre ständig arbeiten. Diese Aufgabe kann nie endgültig gelöst werden, denn sie erneuert sich immer wieder.

Die Zukunft der Bewegung aber hängt davon ab, ob es gelingt, einen Nachwuchs heranzuziehen, der zahlreich genug und innerlich kraftvoll genug ist, das fortzuführen und zu entfalten, was wir heutzutage begonnen haben. Ueberall und zu jeder Zeit ist von jedem, der sich für die Bewegung verantwortlich fühlt, das Feld zu übersähen nach jugendlichen Menschen, die Träger und Förderer unserer Welt sein können.

Für die Betriebsräte ist die schwere praktische Aufgabe die, den Beweis zu liefern, daß es der deutschen Arbeiterschaft ernst ist, verantwortlicher Mitbestimmer des Ganges des deutschen Wirtschaftslebens zu werden, und daß sie dazu genügend fähige Köpfe besitzt. Es ist auch eine stolze Aufgabe. Aber ihre Lösung hat nur Sinn, wenn sie im Geiste unserer Ideale erfolgt. Sonst wird es werden wie bei der Sozialisierung. Den bekanteten Mitteln und Wegen zum Ziele brauchen grundsätzlich neue nicht hinzugefügt werden. Es kommt alles darauf an, wie sie gegangen und angewandt werden. „Der Geist ist es, der lebendig macht.“

Das lebendige Beispiel, sowohl der Führer als auch ebenso sehr der Mitglieder in der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber den Idealen unserer Bewegung, ist das beste Werbemittel und der edelste Beweis für den Wert unserer Sache. Wollen wir sie gut führen, so müssen wir hart sein, hart gegen uns selber, gegen alles, was die Erreichung unserer Ziele hemmt. Ein Schlackensland können, wollen und dürfen wir — im Gegensatz zum Sozialismus — nicht verheißeln, wohl aber ein Leben, das trotz oder wegen harter Arbeit tüchtig ist, weil nach unserem Willen jede Arbeit schöpferisch sein soll.

„Um die Differenzierung der Löhne“

Die „Bauzeitung“ ist während unserer Ausflüge: „Der Berufsgedanke in der Lohnpolitik“ hat es ihr angetan. In ihrer Wort legt sie sich zu plumphen Ausfällen uns gegenüber hinreißen. Die seien ihr gerne geschenkt. Nicht jechen oder können wir ihr Unehrlichkeiten, deren sie sich in ihrer Erwiderung mehrere leistet.

„Der christliche Gewerkschaftstheoretiker Dr. Brauer hatte in seiner von uns veröffentlichten Rede ausgesprochen, daß die praktische Auswirkung des Berufsgedankens auch heute eine Abstützung in der Entlohnung der gelernten und ungelerten Arbeiter notwendig mache. Das begreift heute jeder, der wirtschaftlich denken kann. Nur die „Baugewerkschaft“ nicht.“

Die „Bauzeitung“ sagt die Unwahrheit. Nicht nur einmal, sondern zweimal haben wir uns in unserer Ausgabe zu dem Grundjage bekannt, daß — selbstverständlich! — die gelernte Arbeit höher entlohnt werden muß als die ungelernete. Aber was ist eine angemessene Lohnspanne, und vor allem wie soll sie erzielt werden: durch Lohnverschiebungen nach unten oder nach oben? Darum allein geht der Streit. Es ist klar, daß die Unternehmer darüber anderer Auffassung sind als die Bauarbeiter. Die „Bauzeitung“ mutet uns in ihrer Kavität zu, wir müßten, um den Grundjag zu wahren, auch die gleichen praktischen Schlussfolgerungen ziehen wie die Unternehmer. Sie wird sich damit abfinden müssen, daß wir ein Blatt für Bauarbeiterinteressen, nicht für Unternehmerinteressen sind. Natürlich ist es nicht unsere Meinung, es sollte nun jede Seite ihre Auffassung in rücksichtslosem, brutalem Machtkampfe ausfechten. Wie stets bei widerstreitenden Interessen, muß auch hier nach einem billigen Ausgleich gesucht werden, der den berechtigten Ansprüchen beider Teile Rechnung trägt. Nach unserer christlichen Ueberzeugung ist ein solcher Ausgleich in dem neuen Reichs-löhntariffvertrag für das Baugewerbe geschaffen. Das ist offenbar auch die Meinung der verantwortlichen Führer im Unternehmerlager, denn sie haben diesem Vertrage zugestimmt. Es muß einmal offen ausgesprochen werden: Für eine ruhige Auswirkung der im neuen Reichslohntariffverträge niedergelegten Bestimmungen über die

Lohnfestsetzung ist die verantwortungslose Schreiberlei der „Bauzeitung“ das größte Hindernis, und wir wundern uns, daß das nicht auch in Arbeitgeberkreisen erkannt wird.

Bezeichnend für die Kampfweise der „Bauzeitung“ ist auch die folgende niederträchtige Kaufschalverdächtigung:

„Wir fragen die „Baugewerkschaft“, ob sie es auch für „sittlich“ hält, wenn die heutige Lohnpolitik der Gewerkschaften es den jungen, ungelerten Arbeitern ermöglicht, ihr Geld in Kino und Tingeltangel, auf Vornmeetings und Sportplätzen leichtfertig zu verbrauchen, während man gleichzeitig nach wie vor die von den Arbeitgebern immer wieder angebotene Einführung eines Familienlohnes strikte ablehnt? Das sind Tatsachen und das Gefasel der „Baugewerkschaft“ ändert nichts daran.“

Wir sind gewiß die letzten, die bedenklliche Erscheinungen im Leben und Treiben der Jugendlichen übersehen oder sie auch nur leicht nehmen. Aber ist es die gesamte Arbeiterjugend, ist es überhaupt nur die Arbeiterjugend oder auch nur deren überwiegender Teil, der durch solch leichtfertiges Gebraue unangenehm auffällt? Wir wissen, daß es nicht so ist. Kamentlich von der christlichen Bauarbeiterjugend, für die wir uns in erster Linie verantwortlich fühlen, wissen wir, daß sie in ihrer großen Mehrheit moralisch intakt geblieben ist. Bei ihr ist der Drang, sich frühzeitig einen eigenen Hausstand zu gründen und folglich der Spartrieb noch keineswegs erloschen. Und da möge uns die „Bauzeitung“ eine Gegenfrage gestatten: Welche Summe benötigen heute junge Leute, um sich die Einrichtung für ein eigenes Heim, bestehend aus zwei Stuben und Küche, vom ersten bis zum letzten Stück anzuschaffen? Sie mag einmal die Preise ermitteln und wir werden ja sehen, ob sie dann noch die Stirn hat, zu behaupten, die Löhne der jungen ungelerten Arbeiter seien zu hoch. Es ist ein allzu bequemer Standpunkt, allen jungen ungelerten Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zu verweigern, weil ein kleiner Teil von ihnen leichtfertig mit dem Gelde umgeht, was wir natürlich in keiner Weise entschuldigen wollen.

Im weiteren erweist sich die „Bauzeitung“ als eine böswärtige Ignorantin. Das ist überhaupt ihre beliebteste Methode, einfach zu unterschlagen, was ihr nicht in den Kram paßt. Sie schreibt:

„Die „Baugewerkschaft“ schreibt: „Weil wir uns in der Lohnpolitik nicht nur von wirtschaftlichen, sondern in erster Linie von sittlichen Grundjagen leiten lassen, sind uns bei der Bemessung zwischen gelernter und ungelernter Arbeit Grenzen gesetzt.“ Wir antworten ihr: Wer eine derartig unsoziale Lohnpolitik auf dem Rücken und auf Kosten der verketteten und gelerten Arbeiter betreibt, läßt sich weder von „sittlichen“ noch wirtschaftlichen Grundjagen leiten, sondern von dem Druck der Massen, der jungen, ungelerten Arbeiter.“

Zunächst ist der vorstehend zitierte Satz verkrümelt wiedergegeben, trotzdem er von der „Bauzeitung“ in Gänze zitiert ist. Aber das sind so Kleinigkeiten, die bei der saloppen Art der „Bauzeitung“ nicht weiter auffallen. Die beiden unmittelbar darauffolgenden Sätze, die notwendig zum vorhergehenden gehören, unterschlägt sie vollständig. Sie lautet: „Wir meinen so: Bei der Lohnbemessung ist auszugehen von dem ungelerten Arbeiter, dem ein Lohn in solcher Höhe zu zahlen ist, daß er mindestens dem Grade der jeweils vorhandenen Tüchtigkeit entspricht. Wenn dann die Arbeitgeber den von Dr. Brauer vertretenen Grundjagen, die auch die unseren sind, Rechnung tragen wollen, so hindert sie nichts daran, den gelerntem Arbeitern entsprechend höhere Löhne zu zahlen.“ Würde die „Bauzeitung“ diese Sätze gebracht, dann hätte sie sich ihren grotesken Nachjag nicht leisten können. Ihr Grundjag ist offenbar: Kann ich dem Gegner mit christlichen Mitteln nicht bekommen, dann mit unehrlichen.

Unsere Behauptung, daß die Lohnentwicklung im Baugewerbe praktisch bereits in der Richtung verläuft, die Dr. Brauer von seinem grundsätzlichen Standpunkte aus vorzeichnete, hat die „Bauzeitung“ besonders in Aufregung gebracht. Wir führten zum Beweise an, daß erstens die Lohnspanne zwischen gelernter und ungelernter Arbeit in den letzten Jahren durchweg größer geworden sei und zweitens, daß der neue Reichslohntariffvertrag in bezug auf die Lohnspanne Neuerungen enthalte, die dem Begriffe der Ungemeinheit nach unserer Ueberzeugung vollständig entsprechen. Das zweite, wichtigere Argument baute der „Bauzeitung“ abjektiv nicht in den Laden und folglich unterschlug sie es. Vom ersten jagt sie, es sei „entweder hard oder demagogisch oder beides zugleich.“ Wir meinten natürlich, die Unterschiede in der absoluten Lohnhöhe seien größer geworden, eine Tatsache, die auch die „Bauzeitung“ zugeben muß. Sie macht jedoch eine Prozentrechnung auf, mit der man bekanntlich alles beweisen kann. Danach hat die Lohnspanne 1914 15,88 Prozent betragen, im Juli 1922 nur noch 2,73 Prozent. Der Gedanke, ob der Bauhilfsarbeiterlohn bei einer Lohnspanne von 15,88 Prozent im Juli 1922 auch nur halbwegs den Kosten der Lebenshaltung entsprechen hätte, kommt der „Bauzeitung“ bei ihrer rein kapitalistischen Grundeinstellung natürlich nicht. Für uns ist er der Ausgangspunkt.

Die „Bauzeitung“ schließt: „Die Ausführungen der „Baugewerkschaft“ bestätigen das, was Dr. Brauer über die Gleichstellung des gelerntem mit dem ungelerten Arbeiter jagt, es ist die Ausbeutung des einen Arbeiters durch den anderen.“ Solche böswilligen Verdrehungen tun uns nicht weh, sie kennzeichnen höchstens das moralische Niveau ihres Ueberbers. Sollten wir nach der Manier der „Bauzeitung“ verfahren, dann könnten wir mit demselben (oder mehr) Recht behaupten, die Arbeitgeber heulten die gelerntem Arbeiter aus, indem sie ihnen einen nur unwesentlichen höheren Lohn zahlen als den Bauhilfsarbeitern, die auch nur das zum Leben Allernotwendigste

erhalten. Aber was wird mit solchen theoretisierenden, in der Wirkung nach beiden Seiten verbitternden Auseinandersetzungen für den sozialen Frieden im Gewerbe gewonnen? Das mag sich die „Bauzeitung“ einmal in einer ruhigen Stunde fragen. Ihre ganze Schreiberei kommt darauf hinaus, daß die Bauhilfsarbeiterlöhne im Verhältnis zu den Facharbeiterlöhnen ganz entschieden herabgesetzt werden müßten. Wir machen ihr einen Vorschlag zur Güte: Sie mag einmal die gegenwärtigen Preise und Löhne auf die Goldparität (für ein 20 Mark-Goldstück 3500 Papiermark = das 175fache, nächste Woche vielleicht schon das 200fache!) umrechnen. Dann wird sich sofort das Mißverhältnis zeigen, in dem die Löhne den Preisen gefolgt sind und noch zu ihnen stehen. Entsprechend der so gewonnenen Grundlage könnte dann verhältnismäßig leicht vermittelt werden, was der Bauhilfsarbeiter, mindestens an Lohn erhalten muß. Die Arbeitgeber hätten es dann ohne weiteres in der Hand, die Lohnspanne von 15,88 Prozent herzustellen, indem sie den gelernten Arbeitern entsprechend mehr zahlen. So meint es natürlich die „Bauzeitung“, nicht, sondern ganz anders. Sie mag nicht glauben, sie könnte über diesen klaren Sachverhalt die Bauarbeiter hinwegtäuschen, oder es könnte ihr gar gelingen, einen Keil zwischen gelernte und ungelernte Arbeiter zu treiben. Sie kennen ihre Rappenheimer, vollends die „Bauzeitung“, zu genau, um sich durch solche durchsichtigen Manöver irre machen zu lassen.

Allgemeine Rundschau

Ein Appell in höchster Not

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat an den Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften (Eich Urrecht), sowie an die Gesamtverbände der christlichen Gewerkschaften Belgiens, Italiens, Frankreichs und der Schweiz folgendes Telegramm gesandt: Deutschland eilt Wirtschaftskatastrophe und Aufruhr im Innern mit Riesenschritten zu. Stand des Dollars gegen die Mark 2400. Deutschland steht neben Rußland mit über 60 Millionen Verbrauchern in kurzer Zeit vom Weltmarkt ganz aus. Dadurch werden alle Industrieländer aufs schwerste geschädigt. Arbeitslosigkeit muß in kurzem erneut zunehmen. Wir beschwören, in christlichem Geiste mitzuhelfen, dieses neue Verhängnis abzuwenden, und bitten an zuständigen Stellen einzuwirken, ehe es zu spät ist. Durch den Deutschen Gewerkschaftsbund gelangte ein Telegramm an Lloyd George zur Abwendung, in dem auf die völlige Unhaltbarkeit der deutschen Verhältnisse hingewiesen wird.

Katholische Arbeitervereine und Gewerkschaften

Die hohe Bedeutung der konfessionellen Arbeitervereine ist von uns stets unumwunden anerkannt worden. Nach unserer Auffassung haben sich Gewerkschaften und Arbeitervereine zu ergänzen. Aufgabe der Gewerkschaften ist in erster Linie Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, Aufgabe der konfessionellen Arbeitervereine, Sorge um das religiöse und kulturelle Wohl der in ihnen zusammengeschlossenen Arbeiter. Aus der Art der beiderseitigen Aufgaben ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit einer engen Gemeinschaftsarbeit. Es ist sehr wertvoll, dies von Zeit zu Zeit zu betonen, um immer wieder die breiten Mitgliederkreise der beiden Organisationsgruppen auf ihre Pflicht hinzuweisen, sowohl den christlichen Gewerkschaften wie auch den konfessionellen Arbeitervereinen anzugehören. Im Sinne einer solchen Gemeinschaftsarbeit ist es sehr erfreulich, daß die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das glänzend redigierte Blatt der westdeutschen katholischen Arbeitervereine, eine den Gewerkschaften gewidmete Sondernummer (Nummer 31) herausgab.

Ea finden wir einen Leitartikel von dem Kollegen Eljes: „Außblick“ in dem die Not unseres Volkes besprochen und hingewiesen wird auf die hohen Ziele der christlichen Gewerkschaften. „Die Gewerkschaften in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung“ behandelt der Kollege Dr. Brauer. Der Kollege Foss schrieb einen Artikel über: „Gewerkschaft und Volkskultur“. Es folgt dann ein Artikel über „Arbeitervereine und Gewerkschaften“ von Dr. Müller. Nach einer Abhandlung: „Die Organisation und der Mensch“, folgt auf der letzten Seite ein Heberblick über den Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Kollegen Bernhard Dike. Man kann der Schriftleitung nur dankbar sein für diese Leistung und Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß in Stadt und Land ein inniges Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen den konfessionellen Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften Platz greift. Je mehr Zusammenarbeit auf diesem Gebiete geleistet wird, je besser ist es für die christlich-nationale Arbeiterbewegung, und die gesamte Volksgemeinschaft. Ebenso wie diese Sondernummer die Mitglieder der Westdeutschen katholischen Arbeitervereine auffordert: Hinein in die christlichen Gewerkschaften!, so rufen wir

Am 2. Sept. 1922 ist der sechshunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

unseren Kollegen zu: Hinein in die konfessionellen Arbeitervereine!

Valutakatastrophe und Devisenhamsterei.

Der Dollar ist der Gradmesser der Vereindung des deutschen Volkes geworden. Er ist in der vergangenen Woche bereits an die Grenze von 2000 herangelommen. Damit ist für die nächste Zukunft die Tendenz aller Preisbewegungen gegeben.

Je mehr die Entwertung der deutschen Mark fortschreitet, um so mehr bürdern sich im Geschäftsleben Verpflichtungen ein, die diesen Verfall unserer Währung noch weiter beschleunigen. Fabrikanten und Großhändler haben schon seit geraumer Zeit alle verfügbaren Gelder in Devisen angelegt, um sich der Entwertung der Mark zu entziehen und um die Rohstoffversorgung ihrer Betriebe auf alle Fälle sicherzustellen. Inwiefern dabei über das notwendige Maß hinausgegangen wurde, wird sich nur sehr schwer feststellen lassen. Privatwirtschaftlich mag diese Devisenhamsterei ihre Vorteile haben, für die Volkswirtschaft ist sie jedoch zweifellos von Nachteil. Wir verschlechtern auf diese Weise nicht nur unsere Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland, sondern legen auch ungeheure finanzielle Mittel brach, die dem Wirtschaftsleben bereits an allen Ecken und Enden fehlen.

Besonders bedauerlich ist aber, daß diese Devisenhamsterei bereits von weiten Schichten kapitalkräftiger Privatleute betrieben wird, die für ihre Wirtschaft eigentlich gar keine ausländischen Zahlungsmittel benötigen. Diese Kreise sind es besonders, die gegenwärtig rumänische Lei, polnische Mark und tschechische Kronen in spekulativer Absicht aufkaufen. Derartige Käufe tragen natürlich ebenso zur Verschlechterung der Mark bei wie das Aufspeichern von Dollars, Gulden oder Pfund. Der Arbeiter und Angestellte, der heute mehr denn je genötigt ist, von der Hand in den Mund zu leben und kaum für ein paar Tage Vorräte einkaufen kann, ist der katastrophalen Entwertung der Mark am stärksten preisgegeben. Für ihn ist ebenso wie für den Kleinrentner der Dollarkurs das reine Hungerbarometer.

Österreich, das uns in den letzten Jahren auf dem Wege ins Elend immer um einige Monate voraus war, steht bereits unmittelbar vor der Katastrophe. Die Reise des Bundeskanzlers Dr. Seipel nach Prag und Berlin war ein letzter Versuch, das äußerste Unglück zu verhüten. Deutschland kann leider bei größter Bereitwilligkeit im jetzigen Moment den österreichischen Brüdern kaum nennenswerte Hilfe gewähren. Diese Hilfe müßte ja auch sehr schnell erfolgen und durchgreifend sein. Mit Versprechungen ist Österreich nicht mehr gedient. Schon werden aus Wien Arbeitslosenkravalle und blutige Zusammenstöße gemeldet.

Gehen wir in Deutschland ähnlichen Verhältnissen entgegen? Gibt es kein Mittel mehr, um den Kurs der Mark aufzuhalten? Wohl wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands gegenwärtig in sehr hohem Maße durch die französische Politik beeinflusst. Die Reden Poincarés haben nicht zuletzt dazu beigetragen, der Mark tödliche Stöße zu versetzen. Wenn wir uns aber aufmerksam in Deutschland umschauen, so werden wir finden, daß einer energischen Wirtschaftspolitik noch manche lohnende Aufgabe harret, und daß manches Unheil durch rasches Zutreffen verhindert werden kann. Nichts ist im jetzigen Moment verhängnisvoller als eine Politik des Zauderns und der ängstlichen Rücksichtnahme auf irgendwelche Sonderinteressen.

Kartoffelversorgung Herbst 1922

Die Anzuträglichkeiten bei der Herbstkartoffelversorgung, die die letzten Jahre mit sich brachten, werden zweifellos auch in diesem Jahre eintreten, wenn sich die Verbraucherguppen einer jähen Erwartung hingeben. Wer bezüglich der Sicherstellung der notwendigen Kartoffelmengen wieder erst das Erntergebnis oder die genaue Preisbildung oder eine zu erwartende Abwärtsrechnung des Preises abwarten will, kann in der Beschaffung seiner Winterkartoffeln Schwierigkeiten entgegengehen, vor denen die christlichen Gewerkschaften bzw. der Deutsche Gewerkschaftsbund durch die Einrichtung einer Versorgungsstelle die Mitglieder bewahren wollen.

Über den größten Teil der Kartoffelernte ist binnen kurzer Zeit bis ins Kleinste disponiert. Aufträge auf Kartoffelbelieferung, die in späterer Zeit gegeben werden können, schon mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Wagonmangel sehr leicht unausführbar bleiben. Der Gefahr, gar nicht, oder nur teilweise beliefert zu werden, kann man also nur bei frühzeitiger Inangriffnahme aller Bestellungen aus dem Wege gehen. Es sei deshalb eindringlich auch an dieser Stelle vor jeder Verzögerung der Bestellung von Kartoffeln gewarnt.

Die Versorgungsstelle zur Beschaffung von Landeserzeugnissen G. m. b. H. in Berlin NS 6, Luisenstr. 38, die dem christlichen Landarbeiterverband angegliedert ist und an welcher der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Deutsche

Gewerkschaftsbund beteiligt sind, hat es übernommen, den Mitgliedern die Herbstkartoffeln direkt vom Erzeuger unter Ausschaltung aller Zwischenhandelsverdienste und Preistreiberien des gewissenlosen, sogenannten wilden Handels, zu liefern. Die Anhäufung der bereits erfolgten Aufträge bringt es nun mit sich, daß unsere Versorgungsstelle in kurzer Zeit weitere Aufträge auf Kartoffellieferungen nur noch in bedingter Form annehmen kann, weshalb Eile unter allen Umständen geboten ist. Man setze sich deshalb sofort mit der Versorgungsstelle unter genauer Beobachtung der angegebenen Adresse in Verbindung. Diese ist zu jeder weiteren Auskunft und zur Abgabe der Lieferungsbedingungen gern bereit.

Tarifamt für das Dachdeckergerwerbe

(Schluß)

7. Berufung gegen die Entscheidung des GauSchlichtungsausschusses Hamburg.

Anwesend für die Parteien: Richter-Kiel und Gerecke-Hambrover.

Beschlossen: Auf Berufung beider Parteien wird das Urteil des GauSchlichtungsausschusses Hamburg vom 1. Juni 1922 geändert wie folgt:

§ 1. Der Geltungsbereich des Lohn- und Arbeitstarifcs bleibt derselbe wie im Tarifvertrag vom 6. Juli 1920 vereinbart war.

§ 4. Abs. 1, wird geändert wie folgt:

Der Stundenlohn für einen Gesellen ist derselbe, wie er im Baugewerbe den Zimmerern und Maurern gewährt wird. Daneben wird für das Halten von Gehäusen ein Stundenzuschlag von 1/2 Prozent des Stundenlohnes gewährt.

Im § 5 „Ueberlandarbeit“ wird die vom Schlichtungsausschuß Hamburg festgesetzte Bestimmung aufgehoben.

Die bisher für Ueberlandarbeit tatsächlich gewährten Fahrgebel und Entschädigungen werden von der Aufhebung nicht berührt. Die Höhe der Sätze bleibt den örtlichen Vereinbarungen überlassen.

8. Auf den Antrag des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands, betr. Regelung der Lehrlingsfrage bei dem Dachdeckermeister F. Reickow-Stolz, erklärt sich Herr Müller-Neuwied bereit, die Angelegenheit durch Vermittlung der Handwerkskammer zu regeln.

Zweiter Sitzungstag, 22. Juli 1922.

Anwesend: die bereits angeführten Unparteiischen und Beisitzer, jedoch für Müller-Neuwied Rudolph-Cassel.

9. Berufung gegen die Entscheidung des GauSchlichtungsausschusses Berlin.

Die Parteien sind vertreten durch Richter-Berlin und Görnig-Berlin.

Beschlossen: Auf die Berufung des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands gegen den Schlichtspruch des GauSchlichtungsausschusses Berlin vom 3. Mai 1922 wird dieser Spruch geändert wie folgt:

Die für das Baugewerbe in Groß-Berlin mit Wirkung vom 31. März 1922 bewilligte Lohnzulage von 3,50 % für die Stunde tritt für das Dachdeckergerwerbe ebenfalls mit Wirkung vom 31. März 1922 ein.

Begründung:

Die im Baugewerbe getroffene Vereinbarung wollte als Stichtag den 31. März 1922 festsetzen. Die in Ziffer 3 für das Baugewerbe getroffene Bestimmung, daß die Löhne erstmalig am 7. April 1922 auszu zahlen seien, ist nur als nähere Anweisung für den Zeitpunkt der Auszahlung anzufassen.

Bereits in den Erläuterungen zu § 4 des Reichstarifvertrages für das Dachdeckergerwerbe in Deutschland von 1919 ist durch einstimmigen Beschluß des Tarifamtes am 17. Oktober 1919 bestimmt, daß als Zeitpunkt, an dem die Zulage für das Dachdeckergerwerbe wirksam wird, der gleiche Tag zu gelten hat, der für den Eintritt neuer Zulagen im Baugewerbe maßgebend ist. Auf diesen Standpunkt hat sich das Tarifamt in seinen Entscheidungen, gefaßt für Halle und Königsberg am 18. Oktober 1919, gestellt. Dieser Standpunkt muß für die Entscheidung der gleichen Frage in der kommenden Zeit ausschlaggebend sein und sollte durch die reaktionelle Aenderung im § 4 des neuen Reichstarifvertrages, der am 3. März 1922 abgeschlossen wurde, nicht außer Kraft gesetzt werden, da die „Kamm“-Bestimmung keineswegs die „Auf“-Bestimmung aufheben sollte. Das Wort „können“ ist aus sprachlichen Gründen mit Rücksicht auf den Fortbestand gewährt worden.

Es erscheint wünschenswert, damit derartige Streitigkeiten vermieden werden, die Lohnverträge im Baugewerbe und im Dachdeckergerwerbe möglichst gleichzulagen.

10. Der Antrag des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands, Filiale Halle a. S., den Ortsauschuß zu ermächtigen, die Löhne der Lehrlinge zu regeln, wird verlag.

11. Berufung gegen die Entscheidung des BezirksSchlichtungsausschusses Magdeburg.

Die Parteien sind vertreten durch Richter-Berlin und Görnig-Berlin.

Beschlossen: Die Berufung des Zentralverbandes der Dachdecker gegen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses Magdeburg vom 2. Dezember 1921 wird als unbegründet zurückgewiesen.

Begründung:

Bei Inkrafttreten der Reichstabelle von 1915 und 1920 waren unrettig die Löhne der Dachdeckerhilfsarbeiter in Magdeburg niedriger, als die der Hilfsarbeiter im Baugewerbe. Wenn nun im Oktober 1921 für die Hilfsarbeiter im Baugewerbe Zulagen bewilligt sind, so haben diese Zulagen nach § 1 des Reichstarifvertrages auch für die Hilfsarbeiter im Dachdeckergerwerbe zu gelten.

Dieser Grundtag steht auch dem Ortsstatutvertrag zu Magdeburg vom 22. April 1920 nicht entgegen; denn wenn auch dort für die Hilfsarbeiter ein fester Unterschied von 40 und 60 Pfennig festgelegt war, so mußte demgemäß bei Steigerung des Lohnes auch dieser Unterschiedsbetrag sich vergrößern. Diese Entscheidung hat keinen Einfluß auf solche Fälle, wo umgekehrt, wie in Magdeburg, die Dachbederhilfsarbeiter bei Inkrafttreten des Reichsstatuts bereits einen Vorsprung hatten gegenüber den Bauhilfsarbeitern. Auf diesen Fall trafe die Bestimmung des § 1, Satz 5 des Reichsstatuts zu.

Diese Entscheidung ist keine prinzipielle, weil es sich vorliegend um einen Ortsstatut handelt, der vor Inkrafttreten des Reichsstatuts von 1920 bereits abgeschlossen war.

12. Der Antrag des Zentralverbandes der Dachbeder Deutschlands, Zentrale Dresden, auf Gewährung von Feriengehältern für Dienlich und Sachse wird an den Gauausschluß des Gauausschusses Dresden verwiesen mit dem Auftrage, die Entscheidung bis spätestens 8. August d. J. zu treffen.

Berufung gegen den Schiedsspruch des Gauausschusses Hannover.

Es erschien: Gerede-Hannover als Vertreter der Arbeitnehmer.

Beachtlich: Die Berufung der Dachbedergeschäftsinhaber in Heimstedt gegen den Schiedsspruch des Gauausschusses Hannover in Hannover vom 26. Juni 1923 wird als formell unbegründet zurückgewiesen.

Begründung:

In der Berufungsschrift ist in keiner Weise angegeben, in welchen einzelnen Punkten der vom Gauausschluß festgesetzte Tarifvertrag mit dem Reichsstatutvertrag in Widerspruch stehen soll. Eine Begründung des Berufungsantrages ist in allen Fällen notwendig und kann ohne eine solche Begründung ein sachlicher Schiedsspruch durch das Statutamt nicht gefällt werden.

14. Nachprüfung des Ortsstatutvertrages Fauer.

Beachtlich: Auf die Berufung des Zentralverbandes der Dachbeder Deutschlands, Zentrale Dresden, wird die Entscheidung des Gauausschusses Breslau aufgehoben und die Angelegenheit zur anderweitigen Verhandlung an den Gauausschluß des Gauausschusses Magdeburg überwiesen.

Zur Verhandlung ist Herr Scheinert, Dresden-Friedrichstadt, Berufung, 6, zu laden.

Hiemit ist die Tagesordnung erledigt und wurde die Sitzung nach Aussprache über allgemeine Fragen um 12 1/2 Uhr mittags geschlossen.

Aus dem Verbandsleben

Christentum der Saat!

Ein weiteres schönes Beispiel leitfähiger christlicher Nächstenliebe wird uns aus St. Hubert (Verwaltungszelle Kreis) berichtet:

„In der Zementwarenfabrik Karstjen arbeitete der Kollege Hermann Riels aus St. Hubert. Auf dem Wege zur Versammlung wurde der Kollege von einem Auto überfahren und war auf der Stelle tot. Es sollte nun am 12. August bei uns ein Jahrestag stattfinden. Zur dieses Zeit hatte eine Selbstaufgabe stattgefunden: jeder Kollege über 18 Jahre hatte 100 M., über 16 Jahre 50 M., über 14 Jahre 25 M. gezahlt. Weil wir aber das Trauerkleid angezogen hatten, haben wir auf das Fest verzichtet und die ganze gesammelte Summe von circa 120 Arbeitern der armen Witwe mit zwei Kinder überreicht. Am 1. August wurde nochmals eine Sammlung veranstaltet, welche wieder über 200 M. ergab. Die Freude der trauernden Witwe kann man sich denken, und auch wir waren sehr glücklich, als uns der Vorsitzende des Betriebsrats den Dank für unsere regen Sammelaktion aussprach.“

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann!“ Unsere wackeren St. Hubertier Kollegen haben sich wirklich als brave Männer gezeigt. So sollte überall den in Not geratenen Hilfsbedürftigen und -schwachen hilfsreich beigebracht werden. Wie manches soziale Elend könnte denn gelindert werden! Die ständliche Wohlstandspflege allein wird es niemals schaffen.

Terror ohne Ende!

„Sollt. Immer und immer wieder muß man die Erklärung machen, daß Kollegen zum Büro kommen und erklären, daß der Obmann vom freien deutschen Bauarbeiterverband bei der Rückkontrollen gegen ihren Willen ihr Buch behalten und zum Ausschreiben mitgenommen habe, oder daß unsere Kollegen Tag für Tag belästigt werden, um sie so zum Ausschreiben in den roten Verband zu zwingen. Auf einer Baustelle in Pöhl-Denk zeigte die rote Belegschaft dem Terror die Krone auf. Auf dieser Baustelle hatten auch zwei Kollegen des christlichen Bauarbeiterverbandes angefangen. Diese sollten nun mit Gewalt gezwungen werden, sich anschreiben zu lassen, widrigenfalls die Arbeit niedergelegt würde. Obwohl die Kollegen erklärten, daß sie christlich organisiert seien und es auch bleiben, daß der christliche Bauarbeiterverband ebensoviele Vertretungen sei wie der deutsche Bauarbeiterverband usw., ließen die „freien sozialistischen Helfen“ nicht von ihrem terroristischen Treiben ab und verlangten in brutaler Weise, entweder in den roten Verband, oder wir arbeiten nicht mit euch.“

Einmal der Kollege hörte freiwillig auf, der andere der unser Verbandsbüro an. Unser Verbandsbeamter Kollege Lückert, versuchte auf der Baustelle den „christlichen“ Gesellen klar zu machen, daß ihr ganzes Verhalten ungerecht sei, daß die christlich organisierten Kollegen das gleiche Recht hätten, wie die freiorganisierten, das Kooperationsrecht brähe und wir in einem freien demokratischen Staat lebten usw. Die ruhigen und sachliche Belehrungen und Zurechtweisungen erwirkten nur Spott und Spott.

Einer der „Freiheitshelden“ ließ auf der Arbeitsstelle abstimmen und das Resultat krönte den Terrorismus, indem man es ablehnte, mit dem christlichen Kollegen zu arbeiten. Als Kollege Lückert nochmals auf die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen verwies, gegen die sie verstoßen hätten, wollte einer der „Freiheitshelden“ sogar zu Tätlichkeiten übergehen, was nur durch das kluge und tatliche Vorgehen des Kollegen Lückert verhütet werden konnte.

So sieht es heute im freien, demokratischen Deutschland aus! Wie es in einem freien sozialistischen Deutschland aussehen würde, wo diese „Freiheitshelden“ das Rechte schwingen, kann sich jeder leicht ausmalen. Da gilt als oberster Grundtag der Fiktion: Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein. Das Vorgehen dieser „freigewerkschaftlichen“ Helfen ist auch den Vertretern des deutschen Bauarbeiterverbandes-Köln nicht unbekannt. Sie dulden es nicht nur stillschweigend, sondern es wird auch noch von freigewerkschaftlichen Angehörigen gefördert und gehebt. Das ein solches ungewerkschaftliches und tarifwidriges Verhalten des deutschen Bauarbeiterverbandes das Zusammenarbeiten erschwert, das gegenseitige Vertrauen und die Achtung immer mehr untergräbt, die heute mehr denn je die Vorbedingung für die Lösung der Interessen der Arbeiter ist, müßte auch diesen Herren bekannt sein. Man weiß stark zu der Auffassung, daß im freigewerkschaftlichen Lager des Deutschen Bauarbeiterverbandes die Vertretung der Arbeiterinteressen erst in zweiter Linie, die Verhöhnung gegen den christlichen Bauarbeiterverband aber die Haupttätigkeit

75 000

beträgt die Auflage dieser Nummer der „Bauergewerkschaft“. Wenn die Ueberauslage gegen früher nicht unverhältnismäßig größer geworden ist, dürfte im Augenblick eine Mitgliederzahl von 64-65 000 vorhanden sein. Es ist also weiter erfreulich vorwärts gegangen. — Wir ersuchen die Verwaltungsstellen und Ortsgruppen, die Zahl der Zeitungsbezieher schriftlich nachzuprüfen und bis spätestens 10. September die Zeitung neu bei uns zu bestellen. Es darf nur die unbedingt notwendige Stückzahl der „Bauergewerkschaft“ bezogen werden.

Zeit bildet. Den christlich denkenden Kollegen muß das kollegiale Verhalten der „freigewerkschaftlichen Helfen“ die Augen öffnen und ihnen zeigen, wo sie landen, wenn wir keinen christlichen Bauarbeiterverband mehr hätten. Sie wären dann diesen radikalen Helfen auf Geheiß und Verderb ausgeliefert. Jeder christlich organisierte Kollege muß ein Promer in unserer Bewegung werden und alle seine Kraft miteinstecken zum Ausbau unseres Verbandes, und nicht eher ruhen, bis der letzte christlich denkende Kollege in unseren Reihen ist!

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Bochum

Bochum. Am 4. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende begrüßte zunächst den Kollegen Meyer-Quisburg und wünschte, daß er nach seiner Krankheit mit altem Mut und neuen Kräften die Interessenvertretung der Polier- und Schachtmeister nun wieder in die Hand nehmen könne. Dieser begrüßte er die Kollegen Widert und Schick, Eisen, vom Bezirksverband. Nach Aufnahme eines Kollegen wurde Bericht über die Bezirkskonferenz in Dortmund erstattet. Die Aussprache war recht lebhaft, endigte jedoch mit der Anerkennung der dort gefassten Beschlüsse. Hierauf hielt der Kollege Meyer einen ausführlichen Vortrag über die Ursachen, welche zu der jetzigen traurigen Selbstentwertung geführt haben. Er ging auf die Salutarverhältnisse fast sämtlicher Staaten ein. Vor dem Kriege habe man in Deutschland wenig von einer Selbstentwertung gemerkt. Die Welt stand fest auf dem Goldstand. Durch den Friedensvertrag sei Deutschland überlastet und kreditunfähig geworden, dann aber auch durch Abtreibung der Kolonien und der sonstigen deutschen Gebiete vieler Quellen seines Rohmaterials beraubt worden. Durch den Kampf dieser Produkte vom Auslande, besonders von Getreide, Eisen und Baumwolle, sei unsere Handelsbilanz dauernd passiv geworden und dadurch die Entwertung der deutschen Mark immer weitergegangen. In den letzten Monaten haben dazu wesentlich beigetragen der Ankauf der Teufeln zu unseren monatlichen Goldzahlungen an die Entente, daneben haben aber auch Teile des deutschen Volkes Schuld an der Selbstentwertung durch die wüste Spekulation. Kollege Meyer gab Ausführungen aus ausländischen Zeitungen bekannt, die zeigten, wie im Ausland seit dem Kriegsausbruch das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft gesunken ist. Es sei notwendig, daß alle Volksteile darauf hinzuwirken würden, daß wieder mit der veranzagten Herrlichkeit, noch mit utopischen Zukunftstheorien, sondern allein mit den realen Tatsachen der Gegenwart getechnet werden

müsse, wenn es wieder besser werden sollte. Wenn es in der Weltwirtschaft und besonders in Deutschland besser werden sollte, müßte zunächst eine wesentliche Milderung des Friedensvertrages kommen. Dann müßte unser Volk lernen, sich gegenseitig wieder besser zu verstehen. Nicht Massenanstrengung, wie dieselbe in den „freien“ Gewerkschaften jahrzehntlang gelehrt, könne uns jetzt helfen, sondern nur der Sinn für gemeinsame Lebensverbundenheit aller Volksglieder. Einzigende Betrachtungen widmete der Referent der Sozialisierung, welche, von führenden Leuten der Sozialdemokratie abgesehen, doch noch immer auf freigewerkschaftlichen Forderungen als das alleinige Heilmittel empfohlen wird. Insbesondere von den sogenannten novembersozialistischen Angestelltenorganisationen, wozu auch der Föderbund gehört. Im Hand eines reichen volkswirtschaftlichen Materials wies Kollege Meyer nach, daß die Sozialisierung unter den gegebenen Verhältnissen unsinnig sei. Wer in der Sozialisierung im marxistischen Sinn etwas anderes wie klassenkämpferische Machbestrebungen sieht, geht mit verbundenen Augen an den wirtschaftlichen Tatsachen, wie auch an der Neutralitätsfrage vorbei und unterstützt eine Bewegung gegen seine eigene Ueberzeugung, wenn er nicht selbst Sozialist ist. Nach einer kurzen Aussprache wurde die Versammlung in vorgeschrittener Stunde geschlossen.

Allen Kollegen Bochums noch zur Kenntnis, daß unser Vereinslokal von jetzt an Alleestraße, Wirtschaft Haffels, ist.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

1. Von einigen Verwaltungsstellen wurde uns bei Einreichung von Unterstützungsanträgen mitgeteilt, daß wegen Mangel an entsprechenden Marken die Beitragsszahlung durch Ablempfung quittiert worden ist. Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, in ihrem eigenen Interesse bei Zahlung des Beitrages sich auch die entsprechende Marke als Quittung auszuhandigen zu lassen und dieselbe in das Mitgliedsbuch einzukleben. Wochenfelder, die statt Beitragsmarken nur Stempel aufdruck tragen, müssen als rückständige Beiträge gewertet werden.

2. Es mehren sich die Fälle, in denen Anträge auf Krankenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung nicht in der im § 30 Ziffer 1 und 2 der Verbandsstatuten bestimmten Frist eingeleistet werden. Anträge, die nicht innerhalb drei Wochen vom Beginn des Unterstützungsfalltes beim Hauptvorstand eingehen, müssen auf Grund der Bestimmungen der Verbandsstatuten abgelehnt werden. Wir ersuchen die Mitglieder sowie die Verwaltungsstellen, diese Bestimmungen zu beachten und auch danach zu handeln.

Der Hauptvorstand.

J. A. Jos. Wiebeberg.

Mitteilung der Wirtschaftshilfe

Der Tabak ist ausverkauft, die eingelassenen Bestellungen können leider nicht mehr befriedigt werden.

Sterbetafel.

Am 3. August starb unser lieber Kollege Franz Schiel (Mauer) im Alter von 50 Jahren.

Verwaltungsstelle Rantzen.

Am 10. August starb unser langjähriges treues Mitglied Heinrich Bartholomäus im Alter von 42 Jahren.

Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Ehre ihrem Andenken!

Bauproduktivgenossenschaft Gleiwitz.

Am Mittwoch, den 20. September, abends 6 Uhr, findet im Christlichen Gewerkschaftshaus Gleiwitz, Ostropfstr. 4, eine außerordentliche Generarversammlung statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht über die bisherige Wirksamkeit der Genossenschaft.
2. Beschlußfassung über die Erhöhung der Anteile.
3. Ergänzungswahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand und Aufsichtsrat:

gez. Rajont.

gez. Knoblich.

Drei tüchtige Zimmerleute

für sofort gesucht.

Ludwig Mahr, Zimmermeister, Immenstadt, Hs.-Nr. 100, Mügän.

Tüchtiger Maurerpolier

mit oder ohne Kolonne

gesucht. Wohnungsgelegenheit evtl. vorhanden.

P. Singraf, Bau- und Betongeschäft, Ostfeldorf, Franklinstraße 38.